

**Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen
für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa**

- EuroMemo Gruppe -

Der Krise entgegentreten: Sparkurs oder Solidarität

Zusammenfassung

In der EU kehrte das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 zurück, das Produktionsniveau lag aber unterhalb des Vorkrisenlevels und das Finanzsystem blieb insgesamt sehr fragil. In Folge der Finanzkrise und der anschließenden gesamtwirtschaftlichen Krise waren die EU-Staaten mit ansteigenden Haushaltsdefiziten konfrontiert, die aus den Kosten der Rettungspakete für den Finanzsektor, den Konjunkturprogrammen sowie den Steuerausfälle resultierten. Die Unfähigkeit der EU, unmittelbar auf die griechischen Schwierigkeiten zu reagieren und deren Staatsschulden zu refinanzieren, führte zu Spekulationen gegen den Euro. Dies erzeugte eine Krisenstimmung, in der sich zunächst Griechenland, dann Spanien und Portugal zu harten Budgetkürzungen gezwungen sahen. Nachdem Irland bereits im Jahr 2009 harte Sparprogramme beschlossen hatte, war es zum Jahresende 2010 genötigt, noch stärkeren Einschnitten zuzustimmen, um Unterstützung aus dem Finanzstabilitätsfonds der Eurozone zu erhalten.

Die Schwierigkeiten der europäischen Peripherieländer hängen direkt mit der wachsenden Polarisierung in der EU zusammen, speziell innerhalb der Eurozone. Die in Deutschland verfolgte Niedriglohnpolitik hat in den vergangenen zehn Jahren zu massiven Leistungsbilanzüberschüssen geführt. Spiegelbildlich haben die peripheren Euroländer große Leistungsbilanzdefizite akkumuliert. Nun sind sie gezwungen, diese Defizite durch Deflationspolitik zu bekämpfen. Sofern diese Ungleichgewichte in der EU nicht in den Griff bekommen werden, wird Wachstum und verringerte Arbeitslosigkeit unmöglich sein. Nicht zuletzt wird die Schwäche der Defizitländer auch die Überschussländer treffen, und die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik wird deflationär wirken und das Risiko eines Auseinanderbrechens der Eurozone herauf beschwören.

In der EU stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 noch an, wenn auch nicht so schnell wie im Jahr 2009, da die Rezession zu Ende ging. Auch hier ist die Lage sehr polarisiert. Während die Arbeitslosigkeit in einer Gruppe von Ländern, vor allem in Spanien und den baltischen Ländern, sehr hoch ist, gibt es eine andere Gruppe von Ländern, Deutschland, Österreich, die Niederlande, in denen die Quoten sehr viel niedriger sind. Überall in der EU aber ist die Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen, jungen Menschen und schlecht Ausgebildeten sehr hoch. Ein Effekt der im Jahr 2010 weit verbreiteten, selbst auferlegten Sparprogramme wird ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit sein.

Die Verwundbarkeit der EU Staaten in der Krise resultieren zum Teil aus den Steuermindereinnahmen aufgrund des Steuerwettbewerbs, der in den letzten zehn Jahren bei der Einkommens- und Unternehmenssteuer stattgefunden hat. In den mittel- und osteuropäischen Ländern sind diese Steuern besonders niedrig. Hingegen ist der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtssteueraufkommen gestiegen, was die Einkommensungleichheiten aufgrund des Regressionseffekts noch verstärkt.

Die langfristige Senkung des Lohnanteils am Volkseinkommen wurde 2009 zeitweilig umgekehrt, aber nur, weil die Gewinne einbrachen. Die Lohnspreizung schreitet fast überall voran, selbst in den nordischen Ländern, und ist in Großbritannien und den osteuropäischen Ländern am stärksten ausgeprägt. Diese ungleiche Verteilung der Einkommen hat die Armutsrisiken deutlich erhöht. In der EU leben insgesamt 84 Millionen Menschen in Armut, davon – besonders skandalös – 19 Millionen Kinder. Die Polarisierung innerhalb der EU Staaten spiegelt sich daran wieder, dass zugleich die Anzahl der Reichen und deren Vermögen angestiegen sind.

Europa hat Ende des Jahres 2009 nichts unternommen, um das Scheitern der Kopenhagener Klima-

konferenz zu verhindern. Soll die globale Erwärmung unter 2 Grad Celsius gehalten werden, müssen die Emissionen zwischen 2011 und 2050 weltweit um etwa 90% sinken. Die Zerstörung der Artenvielfalt, die einen Puffer gegen den Klimawandel bildet, muss beendet werden. Ernsthaftige Diskussionen über strukturelle Veränderungen wurden durch den alleinigen Glauben an technische Lösungen verhindert. Zugleich haben es die Marktmechanismen nicht vermocht, eine signifikante Verringerung der Emissionen herbeizuführen. Der zunehmende Materialfluss vom Süden in den Norden war von Biopiraterie in Form geistiger Eigentumsrechte begleitet. Die entwickelten Staaten des Nordens, die den Klimawandel primär zu verantworten haben, müssen für ihre Klimaschulden eintreten.

Kritik an der EU-Politik – Die EU-Politik greift nun wieder verstärkt auf einen nationalstaatlichen Ansatz zurück. Die Schuldenkrise wurde als griechisches Problem deklariert, obwohl nordeuropäische Banken aufgrund ihrer hohen Kredite an periphere Länder ebenso betroffen waren. Die EU hat zwar Finanzmarktreformen eingeleitet, aber diese sind noch schwächer ausgefallen als jene in den USA. Beschränkungen des Eigenhandels der Banken sind nicht vorgesehen. Große, in ganz Europa agierende Finanzakteure werden weiterhin durch nationalstaatliche Behörden beaufsichtigt. Während die Banken bereits erneut hohe Gewinne abschöpfen, gibt es keinen Mechanismus, um systemrelevante Institute abzuwickeln, falls diese Bankrott gehen. Die so genannten *Basel III* Vorschläge beruhen auf höheren Eigenkapitalquoten für Banken. Dies wird aber das Ausnutzen regulatorischer Unterschiede (Regulierungsarbitrage) anregen und zu einer noch stärkeren Abhängigkeit der Banken von den Kapitalmärkten führen.

Der *Stabilitäts- und Wachstumspakt* ist das einzige EU-Instrument zur Koordinierung der gesamtwirtschaftlichen Politik. Dieser wirkt aber sehr restriktiv und ist nicht in der Lage, die gegenwärtigen Ungleichgewichte in Europa anzugehen. Der geforderte Wechsel weg von den expansiven Notmaßnahmen, die zur Bekämpfung der Rezession genutzt wurden, hin zu Defiziten von weniger als 3% des BIP im Jahr 2013 ist völlig willkürlich. Der einzige Weg nach vorne besteht in einem gemeinsamen Budget mit Transferzahlungen. Deutschland positioniert sich dagegen und schlägt stattdessen vor, die Anleihebesitzer an den Verlusten zu beteiligen, führte umgehend zu einer Erhöhung der Zinsraten für die Peripheriestaaten und schneidet die schwächeren Staaten von den günstigen Konditionen der europäischen Partnerländer ab. Da Deutschland nicht in der Lage ist, mit Ungleichgewichten fertig zu werden, übt es einen stark widersprüchlichen Einfluss auf die EU aus, speziell auf die Eurozone, obwohl Deutschland selbst einer der größten Nutznießer des Euro ist.

Die *Europäische Beschäftigungsstrategie* konzentriert sich auf strukturelle Arbeitslosigkeit und ist daher nicht in der Lage, zyklische Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die in *Europa 2020* dargelegte neueste Version der Beschäftigungsstrategie hat offiziell zum Ziel, die Beschäftigungsquote zu erhöhen. Tatsächlich aber ist sie ein deutlicher Rückschritt gegenüber früheren Ansätzen. Sie ersetzt aktive Arbeitsmarktpolitik durch das Konzept der Flexicurity, während Gender-Mainstreaming komplett aus der Beschäftigungsstrategie verschwunden ist. Derzeit kommen auf eine offene Stelle 6,6 Arbeitslose. Dennoch will die EU nicht wahrhaben, dass die zu geringe effektive Nachfrage die Hauptursache der Arbeitslosigkeit darstellt.

Disparitäten in Europa drücken sich auch darin aus, dass einige ältere Mitgliedstaaten ihre Steuern als Teil des Antikrisenprogramms gesenkt haben, während viele neue, mitteleuropäische Länder sie anheben mussten. Anders als bei der obsessiven Fokussierung auf einheitliche Defizitziele, hat die EU die Entwicklung von Programmen zur Steuervereinheitlichung komplett versäumt. Bislang hat sich die Kommission nur verhalten zu den Mindereinnahmen aufgrund von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und der Existenz von Steueroasen innerhalb Europas geäußert. Der Eifer, mit dem sie gegen vermeintlich überhöhte staatliche Kreditaufnahme vorgeht, steht daher in absolutem Gegensatz zu der Vernachlässigung der Bekämpfung des großvolumigen Offshore-Bankings und der globalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften im Auftrag ihrer Klienten.

Das Jahr 2020 ist offiziell zum *Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung* erklärt worden. Aber das neue EU-Strategiedokument *Europa 2020* hat nur ein einziges Ziel gesetzt: die Zahl der Betroffenen um 20 Millionen zu verringern. Die Strategie schlägt aber keine konkreten politischen Maßnahmen vor, um dies zu erreichen, lediglich eine Flaggship-Initiative, die auf der so genannten „Methode der offenen Koordinierung“ beruhen wird.

In der Umweltpolitik ist *Europa 2020* zwiespältig. Zwar werden verschiedene Strategien in Aussicht

gestellt. Die Entscheidungen werden aber in die Zukunft verlagert. Auf der einen Seite wird die Bedeutung von Wettbewerb betont und auf der anderen Seite zugleich die Verantwortung für die Umwelt und die Schonung der natürlichen Ressourcen hervorgehoben. Sehr problematisch ist, dass die Strategie nicht die Notwendigkeit für strukturelle Veränderungen des Modells des unbegrenzten ökonomischen Wachstums erkennt. Die „Vergrünung“ der Wirtschaftspolitik muss mit ausführlichen Debatten und politischen Entscheidungen verbunden werden und darf nicht dem Spiel der Marktkräfte überlassen werden. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Niedergang der Biodiversität aufzuhalten, es ist aber nicht klar, ob diese Priorität auf die Agrar- und Handelspolitik übertragen wird. Der ambitionierte 7. Umweltaktionsplan wird die Basis für ein Mainstreaming der Umweltverantwortung in allen Politikfeldern der EU wie auch der Mitgliedsländer legen. Derzeit hemmt die Europäische Kommission aber mögliche Fortschritte.

Alternativen: für größere Solidarität

Finanzmärkte – Die Europäische Zentralbank sollte stärker demokratischer Rechenschaft verpflichtet werden, von der Obsession des 2% Inflationsziels Abstand nehmen und sich stattdessen auf die Beschäftigungsförderung, den Erhalt der Kaufkraft und die Stabilität des Finanzsystems konzentrieren. Der neue Europäische Ausschuss für Systemrisiken muss mit bindenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden. Die Bankenaufsicht muss verstärkt werden: anstelle der simplen Anhebung der Eigenkapitalerfordernisse, wie sie in *Basel III* festgelegt ist, sollten die Banken strengeren Regeln unterworfen werden, die es ihnen verbieten, größere Risiken einzugehen und Risiken in Schattenbanken zu verlagern. Außerbilanzielle Transaktionen sollten verboten werden. Öffentliche und genossenschaftliche Banken sollten gefördert werden und mindestens eine große öffentliche Bank sollte so ausgestattet sein, dass sie die Finanzierung von sozial und ökologisch wünschenswerten Projekten leisten kann. Rating-Agenturen müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Bankausleihungen an Hedge-Fonds müssen untersagt werden, ebenso Offshore-Finanzzentren und außerbörsliche Derivatgeschäfte. Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollten schädliche Spekulationen eingedämmt und Finanzmittel für einen sozial-ökologischen Umbau generiert werden.

Makroökonomische Politik – Der in Verruf geratene *Stabilitäts- und Wachstumspakt* sollte durch eine verbindliche Verpflichtung zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ersetzt werden, um Vollbeschäftigung zu fördern. Hierfür sind mittelfristig neue Institutionen erforderlich. Kurzfristig sollten Institutionen wie die Europäische Investitionsbank und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility, EFSF) genutzt werden, um EU-weite Investitionen zu finanzieren. Die Zinsen für die Kreditnehmer sind noch niedriger als vor der Krise, was zeigt, dass es keine generelle Kreditklemme gibt. Von allen EU-Regierungen garantierte EU-Anleihen würden eine kollektive Lösung signalisieren, die auf Solidarität basiert. Großdimensionierte Investitionsprojekte sollten auf dem koordinierten Gebrauch der nationalstaatlichen Haushalte beruhen und von den Überschussländern ausgeliehen werden. Transfers sind für das Überleben der Währungsunion wirtschaftlich notwendig. Darüber hinaus sind sie in sozialer Hinsicht erforderlich, um den Zusammenhalt zu fördern. Die EU sollte einen bestimmten Prozentsatz der Schulden von jedem Mitgliedsland übernehmen und garantieren. Die öffentlichen Schulden, die aus der Rettung des Finanzsektors resultieren, sollten vom Privatsektor mithilfe einer Vermögenssteuer zurückgefordert werden.

Vollbeschäftigung und gute Arbeit – Die große Lücke zwischen offenen Stellen und der Zahl der Arbeitslosen signalisiert, dass sich die Beschäftigungspolitik auf das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen konzentrieren sollte. Diese Arbeitsplätze sollten den Anforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen und „gute Arbeit“ gewährleisten sowie ökologische Nachhaltigkeit und Geschlechtergleichheit fördern. Öffentliche Investitionen sollten speziell für junge Menschen, Langzeitarbeitslose und andere benachteiligte Gruppen Arbeitsplätze schaffen. Eine Schlüsselkomponente der Beschäftigungspolitik ist die Verringerung der Arbeitszeit. Der erste Schritt sollte die Verringerung der maximalen Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden sein. Die jüngsten Initiativen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, sollten gestoppt werden.

Besteuerung und Armutsbekämpfungsprogramme – Die Steuersätze sollten in Europa harmonisiert werden, um Disparitäten zu bekämpfen. Speziell sollten Mindeststraten für die Einkommens- und Unternehmenssteuern fixiert werden, um den Wettlauf nach unten zu stoppen. Größere Gerechtigkeit sollte durch stärkere Steuerprogression und durch die Ausschaltung der Steuervermeidungsindustrie

hergestellt werden. Die Besteuerungsrate hoher Einkommen sollte angehoben werden, Flatrate-Steuern sollten abgeschafft werden. Die Spitzensätze der Personen- und Unternehmensbesteuerung sollten konvergieren und die Vermögenssteuern in der EU harmonisiert werden. Steueroasen sollten geschlossen und Steuervermeidung von Großunternehmen durch Verlagerung bekämpft werden. Ein effektives Armutsbekämpfungsprogramm, das die unterschiedlichen betroffenen Gruppen ins Auge fasst (Kinder, Frauen, Ältere, Arbeitslose), sollte umgesetzt werden. Zudem bedarf es Schritten zur Eindämmung des Phänomens der „Working-Poor“. Länder mit der geringsten Kinderarmut sind übrigens jene Länder, die die höchsten Steuerquoten haben.

Nachhaltige Entwicklung – Um den ökologischen Fußabdruck der Europäischen Gemeinschaft zu verringern, ist seitens der EU und der Mitgliedstaaten eine konzertierte Herangehensweise dringend erforderlich. Dies könnte auch helfen, den Stillstand auf der globalen Verhandlungsebene zu überwinden. Hierzu sind Maßnahmen erforderlich, die den Energieverbrauch und Materialfluss senken, sinnlosen Transport vermeiden und die negativen internationalen Wirkungen der EU auf Entwicklungsländer reduzieren. Dies sollte von einer umfassenden Beratungskultur und breiter politischer Beteiligung begleitet sein, um zu gewährleisten, dass die Maßnahmen in einem grundsätzlichen Wandel des Konsumverhaltens und der Lebensstile münden. Die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollten herangezogen werden, um die hierfür erforderlichen Investitionen mit zu finanzieren. Marktinstrumente haben sich in der Regel als unsensible und schädliche Instrumente des ökologischen Wandels entpuppt. Stattdessen besteht die Notwendigkeit für einen starken öffentlichen Einfluss auf die Infrastrukturinvestitionen, öffentlichen Dienstleistungen und Beschäftigungsprogramme, die lokale und regionale Nachhaltigkeit fördern. Im Kern einer derartigen Politik sollte ein „Europäischer Plan für Nachhaltige Entwicklung“ stehen, der in allen Bereichen der Politik der EU und der Mitgliedsländer prägenden Einfluss auf die alltägliche Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik nimmt. Dies sollte auf der EU-Ebene außerhalb der derzeit engen Haushaltsgrenzen finanziert werden, während eine noch zu gründende kompetente öffentliche Einrichtung diese Ziele umsetzt.

Für weitere Informationen über die EuroMemo Gruppe siehe www.euromemo.eu.

Unterstützungserklärung

Ich unterstütze die inhaltliche Ausrichtung, zentralen Argumente und Alternativvorschläge im

EuroMemorandum 2010/11

Der Krise entgegentreten: Sparkurs oder Solidarität

_____ Ja

_____ Nein

Vorname, Nachname : _____

Institution: _____

Straße, Hausnr.: _____

Stadt/Land: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-mail: _____

Unterschrift: _____

Ich möchte gerne über die Tätigkeiten der EuroMemo Gruppe informiert und zu den Workshops eingeladen werden.

_____ Ja

_____ Nein

Bitte senden Sie diese Erklärung zurück an die

**Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere
Wirtschaftspolitik in Europa**

-EuroMemo Gruppe-

- per E-mail an euromemo@uni-bremen.de
- oder per Fax an: ++49-(0)421-218-2680.